



## Antrag

der Abgeordneten **Carolina Trautner, Bernhard Seidenath, Dr. Ute Eiling-Hütig, Thomas Huber, Petra Guttenberger, Prof. Dr. Winfried Bausback, Barbara Becker, Alfons Brandl, Gudrun Brendel-Fischer, Matthias Enghuber, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Dr. Petra Loibl, Andreas Lorenz, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Dr. Stephan Oetzinger, Helmut Radlmeier, Barbara Regitz, Tobias Reiß, Andreas Schalk, Josef Schmid, Angelika Schorer, Tanja Schorer-Dremel, Kerstin Schreyer, Sylvia Stierstorfer, Karl Straub, Walter Taubeneder, Steffen Vogel CSU,**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Menschenrechtsverletzung weibliche Genitalverstümmelung ächten III: Ausbau des Bayerischen Präventions- und Beratungsnetzwerks**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt den Aufbau des Bayerischen Präventions- und Beratungsnetzwerks im Bereich „weibliche Genitalbeschneidung“. Dadurch wird ein wichtiger Beitrag für eine bessere Aufklärung und Sensibilisierung der Bevölkerung für dieses wichtige Thema geleistet.

Aufgrund der positiven Erfahrungen der letzten Jahre wird die Staatsregierung aufgefordert, zu prüfen, wie das Bayerische Präventions- und Beratungsnetzwerk im Bereich „weibliche Genitalbeschneidung“ im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel weiter ausgebaut und so ein flächendeckendes Angebot insbesondere auch im ländlichen Raum geschaffen werden kann. Ziel muss sein, dass Frauen, die von weiblicher Genitalverstümmelung betroffen sind, bzw. Mädchen, die davon bedroht sind, niedrigschwellige und unbürokratische Hilfe erhalten. Zudem müssen alle betroffenen Fachkräfte, insbesondere Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, aber auch die Jugendämter sowie Polizistinnen und Polizisten für das Thema weiter sensibilisiert werden. Durch eine allgemeine Aufklärung der Bevölkerung soll zudem ein Bewusstsein für die Gefahren durch weibliche Genitalverstümmelung geschaffen werden.

#### **Begründung:**

Zur Prävention weiblicher Genitalverstümmelung hat das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (StMAS) 2021 das Bayerische Präventions- und Beratungsnetzwerk im Bereich „weibliche Genitalbeschneidung“ in Ergänzung zu bestehenden Strukturen ins Leben gerufen.

Dies hat sich nach fast zwei Jahren fest etabliert und bewährt. Ziel der geförderten Projekte ist es, aufsuchende, niedrigschwellige, präventive Beratung anzubieten sowie Runde Tische vor Ort aufzubauen. Darüber hinaus soll das soziale Umfeld der bedroh-

ten oder betroffenen Frauen und Mädchen für das Thema sensibilisiert werden. Im Rahmen der Beratungs- und Präventionsarbeit werden zudem viele Multiplikatorinnen bzw. Multiplikatoren und Kulturmittlerinnen bzw. Kulturmittler aus verschiedensten Herkunftsländern qualifiziert, sodass sie eine wesentliche Rolle bei der Begleitung von von weiblicher Genitalbeschneidung (FGM/C) betroffenen Mädchen und Frauen erfüllen können.